



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Maßgebliches und Unmaßgebliches

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel

Berlin, 19. April 1909

(Die neuen Wirren in der Türkei. Die auswärtige Lage. Fürst Bülow und Tittoni. Der Kampf um die Reichsfinanzreform.)

Mitten in den Nöten, die uns die Reichsfinanzreform verursacht, sonnte sich unsre öffentliche Meinung eine Zeit lang in den wärmenden Strahlen, die die Erfolge unsrer auswärtigen Politik über uns ausgegossen haben. Aber auch in der politischen Jahreszeit herrscht gegenwärtig Aprilwetter. Kaum hat sich der gute deutsche Philister nach langem Mißvergnügen einmal wieder behaglich dehnen und in die Brust werfen können, so verkriecht sich die Sonne schon wieder hinter einer dicken, dunkeln Wolkenwand. Die neuen Wirren in der Türkei haben einmal wieder die Illusionen zerstört und gezeigt, daß der Zündstoff noch immer daliegt. Es braucht nur ein Funke hineinzufallen, und die große Feuersbrunst ist da, die man doch eben noch auf lange Zeit verhütet zu haben glaubte.

Es würde ganz und gar verfrüht sein, schon jetzt über die Tragweite der Ereignisse in Konstantinopel ein Urteil zu fällen. Augenblicklich gibt es wohl nur verschwindend wenige Europäer, die auch nur annähernd mit Sicherheit sagen können, was diese Vorgänge in Wirklichkeit zu bedeuten haben. Für die unbeteiligte politische Welt ist zunächst nur sichtbar, daß das jungtürkische Komitee zurzeit aus der Rolle einer unverantwortlichen Nebenregierung verdrängt worden ist, daß der Sultan die Macht zurückgewonnen hat, die er unter normalen Verhältnissen nach der Verfassung eigentlich haben sollte, aber nach der unblutigen Revolution, die das absolute Regiment brach, dem jungtürkischen Komitee tatsächlich überlassen mußte. Wir wissen ferner, daß der Sultan den Schutz der Verfassung zugesagt hat, und daß auch, abgesehen von den persönlichen Absichten des Sultans, an eine wirkliche oder gar dauernde Wiederkehr des alten Regiments von den einflußreichen Türken und den Kennern der Türkei niemand glaubte. Darüber hinaus kann man keine bestimmten Ansichten äußern, ohne den Boden der beglaubigten Tatsachen zu verlassen und das Gebiet der subjektiven Meinungen, der Vermutungen und Kombinationen zu betreten. Das jungtürkische Komitee, das scheinbar gestürzt und zerprengt war, hat es verstanden, die Korps von Salonik und Adrianopel zu seinen Gunsten in Bewegung zu setzen, sodaß jetzt vor Konstantinopel eine ansehnliche Truppenmacht steht, die die neue Regierung nicht anerkennt. Was sich daraus weiter ergeben wird, kann in diesem Augenblick unmöglich vorausgesagt werden. Es ist auch nicht unsre Aufgabe, an dieser Stelle auf die Einzelheiten der Vorgänge in der Türkei einzugehn; hier kommt nur in Betracht, welche Rückwirkungen diese Ereignisse auf die deutsche Politik haben können, und wie sich die Lage des Deutschen Reichs unter diesen Umständen gestaltet.

Da wird man vor allem eins beachten müssen. Wie man auch das in Konstantinopel Geschehene deuten und was für Folgen man ihm auch zuschreiben mag, darüber kann doch niemand, der nur einmal versucht hat, von dem Leben und der Weltanschauung des Orients eine Vorstellung zu gewinnen, im Zweifel sein, daß wir es hier mit einer Bewegung zu tun haben, die unmittelbar aus den besondern Verhältnissen der türkischen Welt heraus entstanden ist. Es ist ganz ausgeschlossen, daß irgendwelche außerhalb der Verhältnisse liegenden Ursachen dabei im Spiel gewesen sind. Die Kräfte, die dabei in Bewegung gesetzt worden sind, gehorchen keinen Einwirkungen von außen. Dagegen wäre es sehr merkwürdig und kaum zu erklären gewesen, wenn die jungtürkische Bewegung gar keinen aus den religiösen Traditionen entspringenden Widerstand zu überwinden gehabt hätte. Daß der Absolutismus, besonders in der Form, die er zuletzt in der Türkei an-

genommen hatte — wo die Zentralgewalt ihre Ohnmacht gegenüber den tausend Regungen der von moderner Kultur und modernem Verkehr beeinflussten Kräfte durch Spionage und andre demoralisierende Mittel auszugleichen suchte —, seine Rolle vollständig ausgespielt hatte, davon konnte man nach der Art, wie sich die Umwälzung vollzogen hatte, wohl überzeugt sein. Ob aber mit den Gebrechen des alten Systems auch alle religiösen Traditionen und alle aus dieser religiösen Tradition geschöpften Rechtsbegriffe, die aus dem innersten Wesen des Orients geboren sind, und mit denen das ganze Leben des Orients seit nahezu dreizehn Jahrhunderten verquickt ist, mit einemmal dahinschwinden würden wie der Schnee unter den Strahlen der Frühlingssonne, das war doch sehr fraglich, wenn auch die Zuversicht des zur Herrschaft gelangten Jungtürkentums das Selbstbewußtsein der europäischen Kulturwelt in der Neigung, diese Entwicklung für selbstverständlich zu halten, bestärken mochte. Jetzt hat sich nun doch herausgestellt, daß die Jungtürken die soeben bezeichneten Kräfte, die sich die Fehler des neuen Regiments, seine gelegentlichen Verstöße gegen die korrekte Handhabung der Verfassung und seine Nichtachtung der eingewurzelten religiösen Vorstellungen zumuße gemacht und in der Stille ihre Minierarbeit getrieben haben, erst niederkämpfen müssen. Mit welchen Mitteln das geschehen wird, ist in dem Augenblick, wo diese Zeilen geschrieben werden, noch unklar. Die Gegner der Jungtürken haben natürlich, ohne die Verfassung zu beseitigen, doch die persönliche Autorität des Sultans wieder in den Vordergrund gebracht. Das war zunächst eine natürliche Folge der Ereignisse selbst. Wer die Wiederherstellung des „Scheria“ — der aus dem Koran und der religiösen Tradition entnommenen Rechtsätze — forderte, der konnte auch den Kalifen nicht übergehn. Die Jungtürken beschuldigen deshalb den Sultan, den Putsch veranlaßt zu haben; es gibt indessen noch keine sichern Anhaltspunkte dafür, wie weit der Sultan seine Hand im Spiele gehabt hat. Man sieht aber, wie unsicher und unberechenbar das alles noch ist, und wie unmöglich es ist, daß diese innern Kämpfe, die eine spezifische und dabei in ihrem Verlauf gar nicht zu übersehende Lebensäußerung der orientalischen Welt sind, etwa durch europäische Einflüsse mit bewußter Absicht hervorgerufen sein könnten.

Trotzdem ist es behauptet worden. Auch denen, die es zufällig nicht in der Zeitung gelesen haben sollten, braucht man kaum noch erläuternd zu sagen, daß in der englischen und russischen Presse Deutschland beschuldigt wird, den Sultan und die Vertreter des alten Regime zu ihrem Anschlag gegen die Jungtürken angestiftet zu haben; die Auffassung, daß Deutschlands gute Beziehungen zur Türkei lediglich den Charakter persönlicher Freundschaft für Sultan Abdul Hamid tragen und im Grunde der Vorliebe der deutschen Regierung für jede Art von Despotismus und Tyrannei entspringen, gehört ja bekanntlich zu dem eisernen Bestand dieser Art von Presse bei ihren Urteilen über die Weltlage und die deutsche Politik. Von dieser Darstellung hebt sich dann namentlich die Selbstbespiegelung Englands als eines Schüfers der Freiheit in der ganzen Welt besonders wirkungsvoll ab. Leider sind unsre lieben Freunde im Auslande diesmal nicht die allein Schuldigen. Auch unsre Anglophoben haben glücklich herausgefunden, daß die Wirren in der Türkei von England gemacht worden seien, damit sich Deutschland seiner Erfolge in der österreichisch-serbischen Streitfrage nicht freuen könne, Rußland aber durch neuentstandne Schwierigkeiten auf der Balkanhalbinsel — wobei man das Eingreifen Bulgariens in Rechnung stellt — Gelegenheit zur Einmischung erhalte und sich England für diesen Liebesdienst desto fester verbunden erachte. Nun ist es zwar eine sehr schöne Sache um scharfsinnige Kombinationen, durch die kluge Leute dem schwerfälligen Geist der in die Irrgänge der Diplomatie nicht Eingeweihten aufhelfen wollen, aber diesmal fehlt uns denn doch solcher Vortritt gegenüber ganz und gar der Glaube. Die Gründe haben wir schon auseinandergesetzt, aber wir müssen ihnen auch das Bedauern hinzufügen, daß einige deutsche Stimmen der

englischen Presse in diesem Falle auf das Gebiet beweisloser Verdächtigungen gefolgt sind, statt den Vorteil festzuhalten, den die kalte Ruhe des Machtbewußtseins und des guten Gewissens stets gegenüber der Nervosität und Hysterie des Meides und Hasses hat.

Schlimmer ist, daß viele unsrer Landsleute gegenüber den Schwierigkeiten, die wieder am Horizont auftauchen, die gute Laune verloren haben, die ihnen der Ausgang der serbischen Krisis verursacht hatte, und nun meinen, der Erfolg des Zusammengehens mit Österreich-Ungarn sei doch wohl nicht allzuviel wert gewesen. Man möge sich aber erinnern — und den Beweis für die Richtigkeit dieser Tatsache wird man auf allen Blättern der Weltgeschichte finden —, daß jeder Erfolg ein verstärktes Einsetzen der Gegenkräfte mit Notwendigkeit auslöst. Was viele jetzt für eine unliebsame Störung der Behaglichkeit, auf die sie Anspruch erheben, halten, ist die selbstverständliche Folge der Ereignisse, die wir mit solcher Befriedigung als Erfüllung unsrer nationalen Wünsche begrüßt haben. Es ist natürlich leichter und bequemer, von der Regierung und der Diplomatie einen Erfolg nach dem andern zu verlangen, sich in diesem Erfolge zu sonnen und dann die Anstrengungen der fremden Mächte, den Schwerpunkt wieder zu ihren Gunsten zu verschieben, den Fehlern unsrer Diplomatie zur Last zu legen und übellaunig und verzagt die Rückschläge zu beklagen. Aber wie die ganze Kette von Anfeindungen und Intrigen, denen Deutschland in den letzten achtunddreißig Jahren ausgesetzt gewesen ist, darauf zurückgeführt werden muß, daß das Ausland uns Bismarck und die Reichsgründung noch nicht verziehen hat, so läßt sich auch im einzelnen nachweisen, daß jeder Erfolg unsrer Politik neue Schwierigkeiten nach sich gezogen hat. Die Rede des Fürsten Bülow vom 29. März 1909 erinnert in gewisser Beziehung an die berühmte Rede des Fürsten Bismarck vom 19. Februar 1878. Auch diese Rede zog damals das Fazit der deutschen Politik, nachdem ein Orientkonflikt zu Ende geführt worden war — damals freilich durch eine gewalttätige Lösung —, und ließ das Gewicht erkennen, das Deutschland allein durch die Existenz seiner Machtmittel in die Waagschale zu legen hatte. Dieselbe Politik, die Bismarck in jener Rede festgelegt hatte, und die er auf dem Berliner Kongreß nachher durchführte, diese Politik, die so maßvoll und russenfreundlich war, daß sie von dem eifrigen Teil der nationalen Presse kurz vorher noch bekämpft worden war und nur deshalb widerstrebend anerkannt wurde, weil eben die ungeheure Autorität Bismarcks dahinterstand — diese nämliche Politik zog ihm die wütende Feindschaft der nationalkaiserlichen öffentlichen Meinung in Rußland zu, weil das mit den Waffen siegreiche Rußland seine Erwartung nach allen Opfern enttäuscht sah, daß der Schwerpunkt der europäischen Politik von Berlin nun wieder nach Osten hinübergleiten werde. In demselben Augenblick, wo öffentlich festgestellt werden kann, daß Deutschland durch die bloße Entschlossenheit, von seiner realen Macht Gebrauch zu machen, die Pläne anderer Mächte durchkreuzen kann, ist auch der Antrieb der sich behindert fühlenden Mächte da, diesen Einfluß zu brechen. Das Barometer dieser deutschfeindlichen Bestrebungen ist auch jetzt wieder ein Teil der englischen Presse. Dort wird wieder nach Leibeskräften geheizt und verleumdert. Die Flottenangst, von der die in auswärtigen Fragen wenig gebildete und stets einseitig geleitete öffentliche Meinung Englands jetzt erfüllt ist, gibt nur die erwünschte Handhabe zu dieser Hezarbeit. Wir müssen trotzdem diesem widrigen Treiben gegenüber die Ruhe bewahren, freilich auch ein wachsame Auge darauf haben. Wenn einstweilen dieser Lärm scheinbar auch von der englischen Regierung begünstigt wird, so darf man freilich auch nicht vergessen, daß die liberale Regierung diese Stimmungen benutzen muß, ohne die sie in den Reihen ihrer Anhänger keine Unterstützung für den als notwendig erkannten Ausbau der englischen Wehrkraft finden würde. Immerhin sind die leitenden Männer in England und die Mehrheit der gebildeten Kreise der Nation besonnen genug, um die letzten Konsequenzen dieser wahnwitzigen Stimmungen zurückhalten

zu können, sodaß man sich auch hüten muß, die Bedeutung dieser Hekereien zu überschätzen.

Die Anwesenheit des Fürsten Bülow in Venedig hat Italiens auswärtiger Minister Tittoni benützt, eine Zusammenkunft zu veranstalten, die, wie von vornherein anzunehmen ist, den Wert und die Bedeutung hatte, den jede Aussprache zwischen zwei leitenden Staatsmännern großer Mächte in einer schwierigen politischen Lage haben muß. Wenn in verschiedenen Blättern behauptet worden ist, es sei über die Verlängerung des Dreibundes verhandelt worden, so ist das falsch, weil überhaupt der Zeitpunkt zu solchen Verhandlungen noch gar nicht gekommen ist. Überhaupt handelte es sich nicht um bestimmte Verhandlungen im Sinne eines politischen Programms dieser Zusammenkunft, sondern um einen durch die Gelegenheit gebotnen Meinungsaustausch über alle möglichen Tagesfragen. Dieser Meinungsaustausch aber war bei der von uns oft betonten eigentümlichen Doppelstellung Italiens als Mittelmeermacht und als Glied des Dreibundes nicht minder wichtig und nützlich.

Die Osterferien des deutschen Reichstags sind nun zu Ende, der Reichskanzler ist nach Berlin zurückgekehrt, und wir nähern uns den Entscheidungen, die in der Reichsfinanzreform fallen müssen. Die Bewegung zugunsten der erweiterten Erbschaftsteuer, die in der Umwandlung der Nachlasssteuer in eine Erbanfallsteuer bestehen soll, hat weitere Kreise gezogen, und man darf wohl hoffen, daß sie ihre Wirkung auf die Haltung der Konservativen nicht verfehlen wird. Denn es handelt sich bei dieser ganzen Bewegung nicht um „Damaskuswunder“, wie die Deutsche Tageszeitung fortfährt, mit Spott und Bitterkeit zu predigen, wenigstens nicht um Damaskuswunder in dem Sinne, daß die Leute plötzlich zu Freunden einer Einrichtung werden, deren Gegner sie erst gestern noch gewesen sind, sondern um das Wachsen der Einsicht, daß es wirklich keinen andern Ausweg aus den bestehenden Schwierigkeiten gibt, und daß man vor die Wahl gestellt ist, entweder die Reichsfinanzreform scheitern zu lassen oder gewisse Bedenken zurückzustellen, die man bisher gegen die erweiterte Erbschaftsteuer noch gehegt hat. Nur darin ist vielleicht auch in der Stellung zu der sachlichen Bedeutung dieser Steuer in konservativen Kreisen eine Änderung eingetreten, daß man anfängt, die Bedenken, die noch keineswegs geschwunden sind, auf ein richtiges Maß zurückzuführen, sie von dem Weimert der Übertreibungen, das die demagogische Verheißung des Bundes der Landwirte damit verquittet hat, zu trennen und zwischen diesen wirklichen Bedenken und der Möglichkeit des Scheiterns der Reform wieder vernünftig abzuwägen. So ist auch die Massenversammlung zu verstehen, die die deutsche Mittelstandsvereinigung in den Dierstagen in Berlin veranstaltet hat. Man würde irren, wenn man die Vertreter dieser sogenannten Mittelstandsbewegung für Freunde der Erbschaftsteuer und ähnlicher Besteuerungen der Hinterlassenschaften halten wollte. Es handelte sich nur um Durchbrechung des terroristischen Banns, unter dem das Agrariertum diese Kreise mit Hilfe von wüsten Übertreibungen und Irreführungen hielt, sodaß es endlich einmal möglich wurde, auch in diesen Kreisen zunächst eine Vorstellung von dem wahren Sachverhalt zu erwecken und dadurch die Bahn frei zu machen für die vernünftige Überzeugung, daß es trotz manchen Bedenken einen andern Weg zur Durchführung der Reichsfinanzreform, die auch für den Mittelstand eine Lebensfrage ist, tatsächlich nicht gibt. Auf der Grundlage dieser Einsicht nimmt denn auch der Abfall von der agrarisch approbierten Anschauung beständig zu. Wir werden vielleicht in einer der nächsten Betrachtungen Gelegenheit haben, auf eine andre Abbröcklung von dem Gebäude der agrarischen Macht zurückzukommen. Es ist die Ansiedlerbewegung in der Ostmark, wo die kleinen Besitzer in die Lage verfeßt worden sind, sich gegen die Bestrebungen des Großgrundbesitzes wehren zu müssen. Doch das erfordert eine eingehende Erläuterung. Hier sei nur die Hoffnung ausgesprochen, daß die konservative Partei den Augenblick nicht verpassen wird, wo sie

noch die freie Wahl hat, entweder dem Staatsinteresse im Sinne der alten gefunden Parteigrundsätze zu folgen oder vor einer Organisation wirtschaftlicher Sonderinteressen zu kapitulieren. Wie sie bei freier Wahl entscheiden wird, ist uns nicht zweifelhaft, aber es könnte sein, daß es für eine freie Wahl zu spät wird und bedingungslos kapituliert werden muß.

Aus dem Wirtschaftsleben

17. April 1909

(Liegt die gesetzliche Regelung des Depositenwesens im öffentlichen Interesse? Zweimonatsbilanzen der Banken.)

In etwa sechs bis acht Wochen wird die Bankenquetekommission aufs neue zusammentreten, um über Punkt 6 des Fragebogens (Grenzboten Nr. 45, 1908, Seite 302) zu beraten. Man hatte die Beratung der Frage 6, die Regelung des Depositenwesens, auf später verschoben, weil sie angeblich mit den ersten fünf Fragen, die die Stärkung der Reichsbank betreffen, nichts zu tun hat. Tatsächlich wird jedoch die Stellung der Zentralnotenbank in der heutigen Volkswirtschaft durch die Entwicklung der Depositenbanken so stark beeinflusst, daß man Punkt 6 als den für die Reichsbank wichtigsten Punkt des Fragebogens bezeichnen kann. Wir haben in London das warnende Beispiel. Die Gesetzgebung beabsichtigte dort, der Bank von England eine überragende Stellung im Bankwesen einzuräumen. Die Entwicklung des Depositenbankwesens hat jedoch diese Absichten vollständig durchkreuzt und die Bank von England heute zu einem in mehrfacher Beziehung reformbedürftigen Institut gemacht. Handels- und Bankreise sind in England in der letzten Zeit mit zahlreichen Reformvorschlägen auf den Plan getreten, die teils eine direkte Stärkung der Zentralbank, teils eine Reformierung des Privatbankwesens bezwecken. Ein Grundübel des englischen Bankwesens, das Halten zu geringer Barvorräte, soll bekämpft werden. Das Metallfundament für das von den Banken errichtete — bewunderungswürdige — Kreditgebäude ist in England wie in Deutschland zu schwach geworden. Aus dieser Entwicklung ergibt sich für die Bankwelt ohne weiteres die Verpflichtung, der Öffentlichkeit einen möglichst weitgehenden Einblick in die Art der Geschäftsführung und den Stand des Vermögens zu gewähren.

Obwohl die englischen Banken seit langem halbjährlich und die bedeutendsten Londoner Institute auf Lord Goschens Veranlassung sogar monatlich Bilanzen veröffentlichen, gehen die Forderungen der englischen Sachverständigen doch mit Recht noch weiter. Man hält noch immer für die Banken die Versuchung, die bei ihnen konzentrierten gewaltigen Kapitalien leichtsinnig zu verwenden, für zu groß und fordert deshalb von sämtlichen Banken und Bankiers Monatsbilanzen, die auf Grund des Durchschnitts der täglichen Salden gezogen sind, um so die Möglichkeit eines künstlichen Zurechtstufens der Bilanzen am Monatschluß möglichst zu beschränken. Die Weigerung der Bankwelt, diese Forderungen zu erfüllen, bezeichnet Withers\*) als durchaus unwürdig der hohen Traditionen des englischen Bankwesens.

In Deutschland hat man den Einfluß der zunehmenden Kapitalkraft der Privatbanken auf die Reichsbank sehr wohl erkannt, das ist erst kürzlich, wie wir im März berichtet haben, von einer ersten Autorität festgestellt worden.\*\*) Die in den letzten beiden Jahren von allen Seiten geförderte Entwicklung des Scheck- und Überweisungsverkehrs wird in verstärktem Maße dazu beitragen, die Barbestände der Banken zu vermindern, das metallne Fundament des deutschen Kreditgebäudes zu schmälern. Der Anschluß der Staatskassen an den Giroverkehr machte im ver-

\*) The Meaning of Money. London, 1909. Zweite Auflage. S. 117.

\*\*) Man darf den Fortsetzungen der heute im Bankarchiv begonnenen Veröffentlichung des Vortrages: Die Stellung der Zentralnotenbanken in der heutigen Volkswirtschaft, von Dr. Karl von Lumm, mit größtem Interesse entgegensehen.

gangnen Jahre in Sachsen, Preußen und Elsaß-Lothringen weitere Fortschritte; im Königreich Sachsen schlossen sich 151 Gemeinden zu einem Gemeindegiroverband zusammen, und der Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes schlug die Errichtung eines Reichsclearings für ganz Deutschland unter Leitung der Reichsbank vor. Die Vorteile dieser Bewegung sind in den Grenzboten hinreichend betont worden, doch darf man auch die Nachteile eines zu ausgedehnten Scheckverkehrs nicht übersehen. Professor Schuhmacher in Bonn hat bei einer Besprechung der amerikanischen Geldkrisis auf die Nachteile des starren amerikanischen Schecksystems gegenüber dem elastischen deutschen Notensystem hingewiesen. Hier liegt in der Tat die Grenze, über die hinaus die bargeldersparenden Zahlungsmethoden mehr Schaden als Nutzen stiften würden, wenn nicht in irgendeiner Weise Vorsorge getroffen wird, daß die Barreserven des Landes jederzeit, auch in Krisenzeiten, groß genug sind und die Stellung der Zentralbank nicht geschwächt wird.

Als die Reichsbank vor etwa drei Jahren begann, durch Erhöhung der Mindestguthaben im Giroverkehr ihre Position zu stärken, konnten die Banken zur Abwehr bereits darauf hinweisen, daß sie sich auf der Grundlage ihres immer mehr wachsenden Filialnetzes ihren eignen Giroverkehr schaffen würden. Eine doppelte Gefahr drohte also: auf der einen Seite die Verminderung der Barreserve überhaupt, auf der andern eine direkte Schädigung der Zentralnotenbank durch Beeinträchtigung eines ihrer wichtigsten Geschäftszweige.

Wenn nun die Regelung der Depositenfrage im Herbst 1908 auf einige Monate verschoben worden ist, so geschah das wohl, weil man Zeit gewinnen wollte, um die so eminent wichtige Frage nach allen Seiten hin zu erwägen. Eine übereilte falsche Lösung der Frage könnte dem gesamten Wirtschaftsleben den größten Schaden zufügen. Die Erfahrungen mit dem Börsengesetz mahnen zur Vorsicht. Wir dürfen nie vergessen, was die Banken dank der freien Vermendung der ihnen anvertrauten Gelder in den letzten Jahrzehnten für die deutsche Volkswirtschaft geleistet haben.

Fragen wir jedoch: Erscheint es im öffentlichen Interesse geboten, für die Sicherheit und Liquidität der Anlage von Depositen und Spargeldern auf dem Wege der Gesetzgebung Sorge zu tragen? so ergibt sich schon aus dem vorstehenden eine bejahende Antwort, deren Berechtigung noch weiter erwiesen wird, wenn man sich die Natur der sogenannten Depositen klarmacht.

In Bankkreisen wird ein Bedürfnis für die Sicherung der Bankdepositen bestritten, weil sie keine Spargroschen kleiner Leute seien. Demgegenüber möchten wir behaupten, daß dennoch ein nicht unbedeutender Teil aus Spareinlagen besteht, die angelockt wurden teils durch irreführende Firmenbezeichnungen, teils durch die imponierende Höhe der eignen Mittel der Banken. Die an den Depositenkassen in großen Lettern angebrachte Reklame „hundert Millionen Mark Aktienkapital, fünfzig Millionen Reserven“ oder ähnlich wirkt absolut sicher gerade auf die unteren Kreise der Bevölkerung zumal in Zeiten hoher Depositenzinsen.

Der größte Teil der Bankdepositen besteht aber aus Betriebsmitteln der Kaufleute und den infolge der Propaganda für Ausbreitung des Scheckverkehrs eingezahlten Guthaben aller Gesellschaftskreise, die von Tag zu Tag, von Woche zu Woche zur Bestreitung der täglichen Ausgaben abgehoben werden. Gerade dieser Teil der Bankdepositen, der die Betriebsreserve der deutschen Wirtschaft darstellt, muß dauernd liquide erhalten werden. Als liquide Deckung können nun wohl die Wechselbestände der Banken angesehen werden, aber die Anlage der Depositen in leicht realisierbaren Werten allein genügt noch nicht. Als wichtige Ergänzung muß für Krisenzeiten jederzeit eine ausreichende Barreserve vorhanden sein. Man braucht nicht erst auf die Bankkonturse des Jahres 1908 zu verweisen oder auf die Mißstände im deutschen Bankwesen, die Lansburgh durch seine verdienstvolle Statistik

sämtlicher deutschen Aktienbanken aufgedeckt hat, um darzutun, daß die gesetzliche Regelung des Depositenwesens im öffentlichen Interesse liegt. Unsere Aktienbanken sind ja auch ihren Aktionären gegenüber verpflichtet, deren Privatinteressen hauptsächlich zu wahren. Diese aber können nur allzuleicht mit den öffentlichen Interessen kollidieren.

Es fragt sich demnach nur, in welchem Umfange die gesetzliche Regelung erfolgen soll. Dreierlei ist denkbar. Die Kreditinstitute werden angehalten, in kurzen Zwischenräumen regelmäßig ausführliche Bilanzen nach vorgeschriebenem Muster zu veröffentlichen, oder es wird ihnen die Verpflichtung auferlegt, sich hinsichtlich der Deckung der Spar- und Depositengelder Normativbestimmungen zu unterwerfen, die nicht nur die Sicherheit, sondern auch die Liquidität der Gelder gewährleisten. Schließlich käme in Betracht, allen Kreditinstituten gesetzlich die Abführung einer gewissen Barreserve an die Reichsbank vorzuschreiben. (Wir lassen den wiederholt gemachten Vorschlag, die Banken in reine Depositen- und Spekulationsbanken zu trennen, für heute ganz außer Betracht.)

Die Berliner Großbanken haben rechtzeitig erkannt, daß sie sich dem Wunsche nach häufigerer Veröffentlichung von Bilanzübersichten nicht mehr verschließen konnten. Was den Londoner Banken schon seit Jahren möglich war, mußten auch unsere Großbanken durchsetzen können, und so haben sich acht Berliner Banken freiwillig in einem Schreiben an den Präsidenten der Bankenquetekommission bereit erklärt, in zweimonatigen Zwischenräumen Bilanzübersichten zu veröffentlichen. Die erste Zweimonatsbilanz, aufgestellt am 28. Februar, wurde Ende März veröffentlicht. Ob nach diesem Vorgehen der Banken eine gesetzliche Regelung wird vermieden werden können, ist mehr als zweifelhaft. Nur sehr wenige Provinzbanken sind dem Beispiele der Großbanken gefolgt, und selbst von diesen hat eine, die Berliner Handelsgesellschaft, geglaubt, sich ausschließen zu dürfen.

Hält man die Depositen durch größere Öffentlichkeit der Bilanzen für hinreichend gesichert, so würde damit der Presse eine große Verantwortung zugeschoben werden, da sie durch fortwährende Beobachtung und Kritik das Publikum über die Sicherheit der verschiedenen Institute unterrichten müßte. Dazu müßte jedoch der Presse erst durch ein wesentlich erweitertes durchsichtiges Bilanzschema die Möglichkeit verschafft werden.

Dem Vorschlage, die Kreditinstitute zur Anlage der Depositen nach bestimmten Grundsätzen zu zwingen, ist unsers Erachtens nicht beizustimmen, jedenfalls nicht für die größeren Banken, deren Bewegungsfreiheit dadurch zu stark beschränkt werden würde.

Die größte Beachtung verdient dagegen, wie wir erneut betonen möchten (vgl. Grenzboten Nr. 18 1908, Seite 212 ff.), der Vorschlag des Präsidenten der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse Heiligenstadt, die Kreditinstitute zu veranlassen, ein bis zwei Prozent der fremden Gelder als Barreserve an die Reichsbank abzuführen. Schon ein Prozent der fremden Gelder würde bei einem Gesamtbestande von 24 Milliarden Mark (Banken 8,4, Kreditgenossenschaften 2,6 und Sparkassen 13 Milliarden Mark) eine Reserve von 240 Millionen Mark ergeben. Selbst wenn die Reserve zunächst durch Inanspruchnahme der Reichsbank durch Wechseleinreichungen geschaffen würde, so müßte sie sich doch, wie Dr. Anton Arnold im Bankarchiv (Jahrgang 1907, Seite 55 bis 61) in einer ganz vorzüglichen Abhandlung über die Bedeutung der Giro Guthaben für die Bankpolitik nachweist, allmählich auf dem Wege des Inkassos der fällig werdenden Wechsel in Barmittel verwandeln und würde nunmehr die Möglichkeit bieten, im Notfalle den dreifachen Betrag in Noten auszugeben.

Die folgende Übersicht gibt die Bilanzen der acht Berliner Großbanken und der Allgemeinen Deutschen Kreditanstalt in Leipzig. Eine eingehende Kritik der einzelnen Positionen behalten wir uns für später vor, sobald mehrere der Zweimonatsbilanzen veröffentlicht sein werden.

	Deutsche Bank			Dresdner Bank			Diskonto-Ges.			Darmstädter			Schnaffhaus			Com. u. Disk.			National-Bank			Allg. Deutsche Credit-Anstalt		
	31. Dez. 1908	31. Dez. 1909	31. Dez. 1909	31. Dez. 1908	31. Dez. 1909	31. Dez. 1909	31. Dez. 1908	31. Dez. 1909	31. Dez. 1909	31. Dez. 1908	31. Dez. 1909	31. Dez. 1909	31. Dez. 1908	31. Dez. 1909	31. Dez. 1909	31. Dez. 1908	31. Dez. 1909	31. Dez. 1909	31. Dez. 1908	31. Dez. 1909	31. Dez. 1909	31. Dez. 1908	31. Dez. 1909	
<b>Aktiva</b>																								
Kasse, fremde Geldsorten und Coupons . . . . .	104,03	55,71	44,13	22,57	38,09	15,12	37,24	19,71	13,73	10,49	14,30	8,48	11,86	5,60	7,04	5,77	13,51	7,35						
Wechsel und deutsche Schecksanweisungen . . .	571,56	684,79	248,67	243,91	158,93	197,15	147,29	141,11	75,46	77,93	69,24	80,81	59,89	53,15	31,10	29,29	77,91	92,84						
Guthaben bei Banken und Bankiers . . . . .	60,82	47,78	33,38	53,58	42,79	51,01	25,71	20,73	9,57	8,02	17,37	13,60	10,42	8,19	3,27	2,28	5,56	7,78						
Reportis und Lombards	222,12	210,73	85,04	102,54	58,10	55,63	65,29	84,13	34,20	31,12	44,14	46,30	54,09	61,16	15,61	19,86	7,52	7,45						
Vorschüsse auf Waren u. Warenverpflichtungen . . .	60,37	51,38	28,31	39,67	78,43	87,11	—	10,72	—	—	19,63	11,67	—	—	0,57	1,00	18,27	18,25						
Eigene Wertpapiere . . . . .	55,68	50,48	61,03	61,15	29,49	32,64	47,78	51,03	42,34	46,13	33,40	38,36	21,17	24,48	5,27	5,36	18,31	19,32						
Kontokorrentbeteiligungen . .	36,84	29,62	42,30	42,18	64,43	53,32	46,84	47,12	33,59	29,85	12,14	11,04	33,29	31,68	8,59	7,88	9,67	8,80						
Dauernde Beteiligung b. andern Bankinstituten und Bankfirmen . . . . .	78,92	73,32	27,21	31,66	100,92	102,40	33,31	35,41	27,70	24,59	10,09	10,07	—	—	2,23	2,43	16,76	16,76						
Debitoren in laufender Rechnung . . . . .	616,23	662,55	444,70	462,02	294,00	278,30	263,21	264,77	318,84	307,30	141,20	147,98	139,95	144,47	96,56	99,39	194,05	190,69						
<b>Passiva</b>																								
Aktienkapital . . . . .	200,00	200,00	180,00	180,00	170,00	170,00	154,00	154,00	145,00	145,00	85,00	85,00	80,00	80,00	54,00	54,00	90,00	90,00						
Reserven . . . . .	101,83	101,83	51,50	51,50	57,59	57,59	30,25	30,25	34,16	34,15	12,70	12,70	12,82	12,82	7,43	7,43	37,85	37,85						
Kreditoren in laufender Rechnung . . . . .	779,58	823,49	371,60	415,32	235,00	227,28	283,18	287,95	224,39	202,78	131,11	131,13	145,50	141,03	48,03	49,62	109,30	101,58						
Depositengeber . . . . .	489,24	469,08	224,57	210,14	218,54	212,95	108,81	99,39	72,34	71,50	78,15	76,38	36,86	34,42	18,45	17,60	82,67	89,86						
Akzepten und Schecks . . . . .	231,95	256,36	189,15	211,87	171,01	191,03	88,55	101,03	79,46	84,08	57,13	61,69	50,99	55,90	42,20	43,91	49,77	57,56						
Anst.-Verpflichtungen . . . . .	84,31	86,05	35,78	36,28	35,91	36,31	17,20	16,83	44,65	49,76	16,52	16,65	9,29	9,98	3,78	3,85	3,31	3,56						
Sonstige Passiven . . . . .	39,71	39,84	20,05	20,81	20,10	21,03	9,90	10,62	14,58	15,30	6,35	11,57	7,95	8,67	4,63	6,65	10,85	15,84						

Wir bemerken nur noch, daß sich die Deutsche Bank von vornherein eine Sonderstellung gesichert hat dadurch, daß sie schon seit Jahren eine getrennte Verwaltung der Depositen und Anlage der Gelder in sichersten Wertpapieren durchgeführt hat. Bemerkenswert ist ferner, daß die Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank) nach der spekulativen Ara Dernburg mit Erfolg in eine Periode innerer Kräftigung eingetreten ist. Das ist um so wichtiger, als die Darmstädter Bank zu den Großbanken gehört, die durch schnelle Vermehrung der Depositentkassen und Filialen auf die Heranziehung von Depositen besondern Wert legen.

Die christliche Gewißheit. Ist die Gewißheit der christlichen Wahrheit von dem Nachweis abhängig, daß die heiligen Schriften von den Männern herrühren, denen sie zugeschrieben werden? Dann würde es schlimm stehen um die Sicherstellung der Wahrheit und die Gewißheit des Glaubens. Der Laie wäre den schriftforschenden Theologen auf Gnade und Ungnade in seinem Glaubensleben ausgeliefert, und da jetzt wohl jeder Nichttheologe soviel weiß, daß die Theologen über die Authentie der biblischen Schriften noch in vollem Streit sind, so müßte er seine Gewißheit bis zur Austragung dieses Streites, das heißt für alle Zeiten suspendieren. Das ist ja in der Tat der Fall bei vielen, die solche Sachlage durchaus nicht beklagen, sondern sie recht bequem finden, bei andern aber der Grund steter Beunruhigung. Ja selbst der theologische Gelehrte darf auf die Resultate seiner historischen Forschung seine Heilsgewißheit nicht bauen, denn diese Resultate muß er als Forscher stets kritischen Einwänden zugänglich erhalten, seine religiöse Gewißheit aber muß einen Grund haben, den die nagenden Wogen der Kritik nicht unterspülen können.

Gibt es nun einen Punkt der Gewißheit um das Christentum, der, von allen wissenschaftlichen Beweisen unabhängig und unbestreitbar, in gleicher Weise dem einfachen Christen wie dem Gelehrten zugänglich ist? Wie sich die Sonne dem Auge als Licht unmittelbar beweist und unter ihrem Einfluß sich die Aufnahmefähigkeit des Auges für das Licht entwickelt, so liegt auch in der christlichen Heilswahrheit die Kraft, das Gemüt unmittelbar ihrer gewiß zu machen. Auch hier liegt dies daran, daß der Mensch, auf Gott hin geschaffen, ein Organ zur Aufnahme des göttlichen Lichtes in sich trägt. Durch die sich in Gottes Wort anbietende Wahrheit wird das Organ geweckt und zur immer völliger Aufnahme entwickelt. Auf diese Erfahrung, deren er gewiß ist, gründet sich letztlich die Überzeugung des Christen. Daß ihm Widerspruch von seiten solcher entgegentritt, die eine derartige Erfahrung nicht gemacht haben, darf ihn nicht befremden und wird seine Gewißheit nicht erschüttern. Denn daß diese ihm zugängliche und gewisse Wahrheit allgemeingiltig ist, geht für ihn evident daraus hervor, daß er erfahren hat, wie durch dieses christliche Heil erst seine Persönlichkeit die Vollendung gefunden hat, die keimhaft in jedem Menschenwesen angelegt ist. Wo diese Entwicklung noch nicht stattgefunden hat, sieht er einen Mangel und die Aufgabe gesteckt, daß sie sich noch vollzieht. Daß eine verkümmerte Persönlichkeit das Organ für die höchste Wahrheit noch nicht besitzt, raubt dieser Wahrheit nichts an ihrer Geltung und dem Christen nichts von ihrer Gewißheit. Dies sind die Grundgedanken einer beachtenswerten Schrift\*) des Leipziger Professors D. Jhmels über die christliche Wahrheitsgewißheit.

In dem ersten Teile seines Buches gibt der Verfasser eine geschichtliche Orientierung der Versuche zur Fundamentierung der religiösen Gewißheit, im zweiten

\*) Jhmels, D. L., Die christliche Wahrheitsgewißheit, ihr letzter Grund und ihre Entstehung. Zweite, erweiterte und veränderte Auflage. Leipzig, A. Deicherts Verlagsbuchhandlung (Gg. Böhm), 1908. 403 Seiten, Preis 7 Mart.

Teile eine zusammenhängende Darstellung der eignen Ansicht. Für das Studium empfehlen wir, den Anfang mit dem zweiten Teile zu machen. Das Resultat ernster theologischer Arbeit ist hier niedergelegt. Wem es darum zu tun ist, sich in ernster geistiger Arbeit Rechenschaft über den Grund seiner religiösen Überzeugung zu geben, dem muß diese Schrift angelegentlichst empfohlen werden. Lic. Dr. Simon

Zur Urgeschichte des Europäers von der Menschwerdung bis zum Anbruch der Geschichte. Unter diesem Titel ist in der Sammlung der Spemannschen Kompendien (W. Spemann, Stuttgart) ein 584 Seiten starker, durch mehr als 1500 Abbildungen illustrierter Band erschienen, dessen Verfasser, Dr. Robert Forrer, sich durch sein Reallexikon der prähistorischen, klassischen und frühchristlichen Altertümer längst bei allen Freunden der Urgeschichte einen geachteten Namen erworben hat. Im Vorworte bezeichnet Forrer das neue Buch gleichsam als ein Nebenprodukt der Vorarbeiten zu jenem umfangreichen Reallexikon, geplant als ein Anhang, der die im Lexikon behandelten Zeitabschnitte von der Urzeit bis zum Beginn des christlichen Mittelalters in einer zusammenfassenden Darstellung rekapitulieren sollte, der aber einen solchen Umfang annahm, daß er als eine Beigabe zum Hauptwerke nicht mehr in Betracht kommen konnte. Die weiten Kreise prähistorisch interessierter Laien werden dem Schicksal für diese Fügung Dank wissen, denn so ist ein handliches Werk entstanden, das unsre heutige Kenntnis von den Menschenaffen und primitiven Menschen, von den ersten Geräten und den Colithen, von der paläolithischen, der transneolithischen, der neolithischen Zeit, der Kupfer-, Bronze- und Eisenzeit in ebenso sachlicher wie ansprechender und anregender Form vermittelt. Das reiche Illustrationsmaterial des Hauptwerkes ist auch der „Urgeschichte“ zugute gekommen: bei weitem die meisten der Abbildungen sind jenem entnommen, aber durch viele neue vermehrt. Wir zweifeln nicht, daß auch der Fachmann zu diesem Buche greifen wird, wünschen jedoch vor allem, daß es in die Hände recht vieler Lehrer, Geistlichen und gebildeter Gutsbesitzer, die in Gegenden ansässig sind, wo gelegentlich prähistorische Funde gemacht werden, gelangen möge. Der Preis von 6 Mark für den schön gebundenen Band ist erstaunlich billig und nur dadurch zu erklären, daß der Verlag bei seinen Kompendien auf einen Massenabsatz rechnen kann. J. R. H.

Henrik Steffens. Lebenserinnerungen aus dem Kreise der Romantik. In Auswahl herausgegeben von Gundelfinger. (Jena, Eugen Diederichs.) Henrik Steffens, Däne von Geburt, doch Deutscher seiner Kunst und seinen Werken nach, gehörte dem Kreise der Romantiker, der Tieck, Gebrüder Schlegel u. a., an. Aus seinen Romanen und Novellen — wenn wir nicht der originellen Romane sovieler hätten — würde mancher Entdecker Perlen einer lebendigen und individuellen Prosapoesie herausfinden können. Steffens war ein Eigenbrödlar, wie alle Romantiker fand er nicht die letzte Synthese für seine künstlerischen Absichten. Sein subjektives Wesen verleitete ihn nicht nur zu unerhörter Weiterschweifigkeit, sondern auch zu psychologischen Analysen, die leicht in die Irre führen. Seine zehnbändige Autobiographie ist voll der Zeugnisse hierfür. Man findet ungemein interessante, über Persönlichkeiten und gewisse Zeitumstände, literarische Beziehungen usw. Aufschluß gebende Partien darin, aber ebenso häufig ganz subjektive Erörterungen, Folgerungen, sodaß man nur mit Vorsicht das Werk benutzen kann. Gundelfinger hat nun aus diesem umständlichen Werke eine 400 Seiten starke Auswahl herausgesichtet und zusammengestellt. Gundelfinger ist ein Mann von feinstem Spürsinn für das Wesentliche und Bedeutsame und von bestem Geschmack, man wird das auch hier wiederum häufig gewahr. So hat er namentlich und mit Recht die

Stellen hervorgehoben, die interessante Aufschlüsse über markante Persönlichkeiten, über das Wesen wichtiger Kulturererscheinungen geben. Auf diese Weise wird uns eine hochbedeutende Zeit wieder lebendig, verständlich, und das ist doch schließlich das, worauf es ankommt sowohl für den künstlerisch genießenden Leser wie für den Kenner der Zeit, der gern an einer neuen Veranschaulichung seine Vorstellungen mißt. Namensregister und Anmerkungen sowie die schöne Ausstattung sind anzuerkennen; jedoch leistet sich Gundelfinger in seiner Einleitung manche Übertreibung, manch allzu persönliches Urteil. Man kann E. M. Arndt — in seinem Alter — nicht einen „kümmerlichen Gesellen“ nennen. Wahrscheinlich kennt Gundelfinger die außerordentlich phantasiereichen und sprachlich tiefen Altersgedichte Arndts nicht. Ich empfehle gerade ihm deren Studium.

Hans Benzmann

Shakespeare in deutscher Sprache. Eine neue monumentale Shakespeareausgabe\*) ist, obwohl wir keine solche, die einem modernen Geschmack entspricht, besitzen, immerhin ein gewagtes Unternehmen. Shakespeare ist derartig populär in Deutschland, daß alt und jung, reich und arm, sein Genüge in einer sogenannten Klassikerausgabe gefunden hat und findet. Nun gibt es allerdings sehr viele, die sich eine besonders silbvoll ausgestattete Shakespeareausgabe wünschen, eine Ausgabe, die auch wählerisch in der Übersetzung ist, die alle Dramen in einer von einem einheitlich gerichteten Geiste zeugenden Übersetzung wiedergibt und doch jedes Stückes individueller Eigenart voll Genüge tut. Man hat an allen bisherigen Übersetzungen Kritik geübt. Es würde sich wohl lohnen, einmal von jedem Stücke die relativ beste Übersetzung herauszunehmen, sie mit kundigem, untrüglichen Sinn zu berichtigen, wo es notwendig ist, und dann alle diese Meisterleistungen zusammenzustellen. Ob nicht doch Stil und Art der verschiedensten Übersetzer disharmonisch wirkt? Ob dieses subjektive Auswählen dem subjektiven Empfinden und Verstehen, dem Kunst- und Kultursinn der Leser entspricht oder immer entspricht? Es ist ein gefährliches Unternehmen. Aber daß es einmal in die Wege geleitet wurde, ist zunächst anzuerkennen. Friedrich Gundolf, selbst ein Dichter aus der Schule Stefan Georges, der freilich dem Volksdichter Shakespeare nicht gerade nahe steht, hat dieses Unternehmen begonnen. Wir sehen einen sich äußerlich monumental repräsentierenden Band vor uns, den Melchior Lechter etwas üppig in den Zierleistungen, in der Drucktype usw. ausgestattet hat — doch wird die Shakespearestimmung durch diese Mischung von Gotik und Renaissance durchaus nicht gestört. Im Gegenteil, mir scheint diese Feierlichkeit der Größe des Genius und dem Charakter der Zeit, der ja auch er angehört, der Renaissance, zu entsprechen. Leider scheint der Druck von der Gegenseite hier und da durch das Papier störend hindurch. Gundolf hat hauptsächlich die Übersetzungen von August Wilhelm Schlegel herangezogen, die er von offensibaren Fehlern reinigen will, dazu kommen seine Neuübertragungen und die relativ besten nicht=schlegelschen Übertragungen. Der erste vorliegende Band enthält die Römerdramen Coriolanus, Julius Cäsar, Antonius und Kleopatra. Hiervon hat Gundolf den Coriolan und Antonius und Kleopatra über-  
setzt. Die Übersetzung hat ihre feinen sprachlichen und künstlerischen Reize; doch man muß sich in ihren Ton, gleichsam in ihr Nervensystem erst hineinlesen.

Hans Benzmann

\*) Herausgegeben und zum Teil neu überetzt von Friedrich Gundolf. Gesamte Ausstattung von Melchior Lechter. Erster Band: Die Römerdramen. Broschiert 6 Mark, Leinen gebunden 7,50 Mark, Leder 12,50 Mark. Berlin, Georg Bondi.

Für die Herausgabe verantwortlich Karl Weisser in Leipzig  
Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig — Druck von Karl Marquart in Leipzig